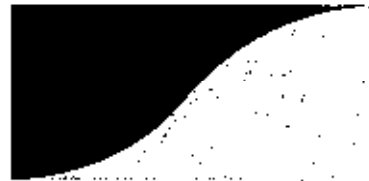


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 888846 ppbn d



Inhalt

Helga Schmedt MdB, Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages, kritisiert die Weigerung der Bundesregierung, die Pharma-Exporte in die Dritte Welt zu kontrollieren: Verantwortungslos. Seite 1

Helmut Rohde MdB befaßt sich mit den Sozialhypotheken der Bundesregierung: Die Bilanz kommt noch. Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB kritisiert den Umgang einer Bonner Zeitung mit der Teuerungsrate: Steigende Preise, sinkendes Niveau. Seite 6

40. Jahrgang / 152

13. August 1985

Riskanter Pharma-Export in die Dritte Welt

Die Bundesregierung weigert sich die Medikamente kontrollieren zu lassen

Von **Helga Schmedt** MdB
Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Oft genug hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die Bundesregierung aufgefordert, den Export von Pharmaka in Länder der Dritten Welt besser zu kontrollieren, damit nicht Arzneimittel die Grenze passieren, die bei uns wegen des Verdachts auf gesundheitsschädigende Wirkung aus dem Verkehr gezogen wurden.

Doch die Bundesregierung schlägt alle Warnungen und Hinweise in den Wind. Sie verneint nicht nur jede Notwendigkeit einer gesetzlichen Initiative, sie kommt darüber hinaus in einem Schreiben des Staatssekretärs Lengl zu einer sehr positiven Beurteilung der augenblicklichen Situation. Dabei zögert der Staatssekretär nicht, auf einen Informationsvermerk des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom Frühjahr 1984 zurückzugreifen, den die Entwicklung längst überholt hat. Inzwischen hat sich nämlich herausgestellt, daß die mit Fragen der Gesundheitskontrolle befaßten Gesundheitsbehörden gar keine gesicherten Kenntnisse über den Export von Pharmaka haben.

Wir befinden uns in etwa der Situation der österreichischen Regierung vor Bekanntwerden des Weinskandals. Wir können nur hoffen, daß beim Export von Pharmaka alles in Ordnung ist - wissen können wir es nicht!

Der Staatssekretär vertritt die Ansicht, daß „die im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit erhobene Forderung, bei exportierten Medikamenten solle die Information der Ärzte und Patienten dem Standard entsprechen, wie er in der Bundesrepublik

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12.04.08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Umweltfreundlich
aus 100% recyceltem Material
Recycling-Papier



gelte, zur Zeit von deutscher Seite bereits so weit wie möglich erfüllt werde". Ich frage mich, woher er diese Information hat. Alle mir zugänglichen Quellen sagen das Gegenteil aus. Selbst die Pharmaindustrie versteigt sich nicht zu einer solchen Behauptung.

Auch die vom Staatssekretär angeführte Beteiligung der Gesundheitsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland am „Certification Scheme“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat in meinen Augen eher eine Feigenblattfunktion. Hätte der Staatssekretär zur Kenntnis genommen, was die Bundesregierung auf entsprechende Fragen im August 1984 geantwortet hat, so wüßte er, daß „nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen“ beispielsweise im Jahre 1983 in Berlin zwei, in Hamburg sechs und in Niedersachsen fünf Zertifikate ausgestellt wurden. Dies ist also alles, was für die gesamte Bundesrepublik gemeldet wurde. Niemand wird es wohl als ausreichend bezeichnen können.

Ich frage mich ferner, wie die Weltgesundheitsorganisation eigentlich all das leisten soll, was ihr der Staatssekretär zuschreibt. Nach seiner Aussage teilt die Bundesregierung alle Maßnahmen zur Risikoabwehr, die für unsere eigene Bevölkerung getroffen werden, der WHO mit. Es stünde dann in der Möglichkeit der WHO, die importierenden Länder darüber zu informieren. Steht es wirklich in ihrer Möglichkeit? Nach meiner Erfahrung mit bundesdeutschen Behörden möchte ich dies bezweifeln. Das Bundesgesundheitsamt hat mir schon im Juni vergangenen Jahres mitgeteilt, daß weder das Bundesgesundheitsamt noch die für die Überwachung des Arzneimittelverkehrs zuständigen Überwachungsbehörden der Bundesländer Kenntnis darüber hätten, welche Präparate von deutschen Firmen ins Ausland exportiert werden.

Wenn nun diese Mittel unter einem anderen Namen als dem in der Bundesrepublik gebräuchlichen in einem Entwicklungsland verkauft werden, dürfte die WHO es schwer haben, genügend Aufklärung zu leisten. Dies gilt verstärkt für die bei den Firmen beliebten Kombinationspräparate, bei denen einige Substanzen harmlos, andere risikobehaftet sind.

Als blanken Zynismus kann ich nur den Hinweis des Staatssekretärs auf die Autonomie der Entwicklungsländer werten. Um noch einmal das aktuelle Beispiel heranzuziehen: Was würden wohl deutsche Verbraucher sagen, wenn sich die österreichische Regierung auf den Standpunkt zurückzöge, es läge ja in der Autonomie der bundesdeutschen Behörden, jeden Wein zu prüfen, den wir aus Österreich importieren?

Unnötig, zu betonen, daß die Entwicklungsländer nicht über entsprechende technische Möglichkeiten zur Kontrolle verfügen und daß die Kontrolle bei lebenswichtigen Medikamenten dringlicher ist als bei Genussmitteln.



Medikamente, dies hat der Europarat ausdrücklich bestätigt, sind ja nicht irgendeine Ware. Es müssen folglich auch andere Maßstäbe angelegt werden als lediglich die Zulassung des freien Warenverkehrs zu sichern.

Wenn immer mehr „Dritte-Welt-Gruppen“ den Nachweis zu führen versuchen, daß Pharmafirmen in Entwicklungsländern mit Doppelstandards arbeiten, was zu einem bedrohlichen Informationsverlust beim Patienten führen kann, so müßte man diesen Hinweisen dringend nachgehen. Auch darüber hinausgehende Vorwürfe, wie sie verschiedentlich erhoben wurden, etwa der Art, daß in der Bundesrepublik ausdrücklich verbotene Medikamente unter anderem Namen in Entwicklungsländer verkauft würden, lassen sich mit bundesbehördlicher Hilfe nicht überprüfen, weil eben Exportmedikamente nicht registriert werden.

Da liegt eben die Crux: Weil die Bundesregierung die Augen fest verschließt, können wir keine einzige Beschuldigung entkräften!

Umso fahrlässiger erscheint es, wenn der Staatssekretär sagt, es sei „sichergestellt“, daß die deutsche Pharmaindustrie ihrer Pflicht nachkomme, die Ärzte und Patienten in den Entwicklungsländern auf den Beipackzetteln ihrer Arzneimittel „über den Anwendungsbereich, Nebenwirkungen, Gegenindikationen und so weiter richtig zu informieren“.

Sich auf die Aussage des Weltverbandes der Pharmazeutischen Industrie, eines losen Verbandes, zu berufen, nach der in letzter Zeit (dehnbarer Begriff) keine Verstöße deutscher Firmen gegen den freiwilligen Kodex der Pharmafirmen gemeldet wurden, kann höchstens als Vorwand für ein sanftes Ruhekissen gehalten, nicht aber als Beweis der „Schuld“ oder „Unschuld“ deutscher Firmen dienen. Keinesfalls entündet es die Bundesregierung von ihrer Verantwortung.

Meiner Ansicht nach sollte sich auch das Parlament angesichts dieser Unsicherheiten der dargestellten Problematik annehmen. Ob es letztendlich eines neuen Gesetzes bedarf, oder ob es ausreicht, dafür zu sorgen, daß vorhandene Kontrollmöglichkeiten eingesetzt und ausgebaut werden, wird im Laufe der Behandlung zu klären sein.

(-/13.8.1985/rs/ks)

+ + +



Die Bilanz kommt noch

Die Sozial-Hypotheken der Regierung

Von Helmut Rohde MdB

In ihrer jüngsten „sozialpolitischen Bilanz“ hat das Bundesarbeitsministerium geglaubt, neuen sozialen Horizonten und einer Konsolidierung des sozialen Sicherungssystem auf der Spur zu sein. Dies aber ist nicht nur eine Selbsttäuschung, sondern zudem auch noch der bedenkliche Versuch, die Politik an der Wahrheit vorbei auf die falsche Fährte zu führen. Inzwischen zeichnen sich die gesellschaftspolitischen Sachverhalte ab:

- Die Bundesanstalt für Arbeit rechnet mit einer sich versteifenden Arbeitslosigkeit. Eine grundlegende Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist nach Ansicht ihres Präsidenten nicht in Sicht. Dies ist eine gravierende sozial-ökonomische Einschätzung.
 - Damit im Zusammenhang steht, daß im sozialen Sicherungssystem finanzielle Labilität zunehmen und die Verlässlichkeit auf soziale Rechte und Leistungen abnehmen wird.
 - Die deutsche Rentenversicherung schrammt über den Grund ständig drohender Illiquidität. Ihre Finanzdecke gilt als dünn. Ihr Strukturdefizit ist zum Druck auf das Rentenniveau geworden.
 - In der Krankenversicherung breitet sich eine Kostenexplosion krebsartig aus und überwuchert das ganze soziale Sicherungssystem. Mit Finanztricks, so machen alle Beteiligten deutlich, ist nichts mehr zu erreichen. Entschieden werden müsse, wohin künftig die Reise gehen soll. Der Pflasterkasten mit kurzfristigen Hilfsmitteln ist verbraucht.
 - Der Bund schiebt immer mehr soziale Pflichten und Leistungen auf die Schultern der Gemeinden. Deren Sozialhilfekosten wachsen unaufhörlich und entwickeln sich zu Formen traditioneller Fürsorge zurück. Die sozialen Dienstleistungen und Einrichtungen der Gemeinden sind in Mitleidenschaft gezogen.
- Das ist alles andere als eine neue Subsidiarität, eher ein Rückfall in alte Laster. Soziale Beziehungen, Netze und Kreise sind Teile des Sozialsystems, können nicht zum Ersatz für den Rückzug des Bundes aus seinen Sozialverpflichtungen gemacht werden.
- Von den neuen Formen sozialen Umbruchs werden zunehmend junge Menschen betroffen. Das zeigt sich in ihrer hohen Arbeitslosigkeit und in sozialen Ausgrenzungen. Dies wurde zur Zukunfts-Hypothek.

Die Bundesregierung versucht alles, einschließlich geschönter Sommerbilanz, um die Sachverhalte zu verdrängen. Jeder grundlegenden Bestandsaufnahme weicht sie aus:

- Sie legt dem Parlament keinen sozial-ökonomisch fundierten Arbeitsmarktbericht vor, der widerspiegelt, was ist und sich wenigstens ansatzweise um Vorausschau bemüht.
- Ihre Mitteilungen über Jugendarbeitslosigkeit gleichen Vexierbildern. Darin soll versteckt werden, daß die Kluft zwischen Bildung und Ausbildung und den Chancen, danach eine Arbeit zu finden, immer größer wird.



- Die Regierung legt auch kein auf die tatsächlichen Verhältnisse zugeschnittenes Sozialbudget, also keine Gesamtrechnung und Vorausschau des sozialen Sicherungssystem vor, obwohl eine orientierende Bestandsaufnahme notwendig wäre. Sie läßt die Betroffenen und die Politik in die Probleme hineintreiben.
- Das Arbeitsministerium weiß, daß sich in der Rentenversicherung die Probleme verschärfen werden. Bis zur nächsten Bundestagswahl sollen sie unter den Teppich gekehrt werden. Die Koalition erhofft einen neuen Wahlsieg, den sie gleichsam als Auftakt zu Eingriffen in die deutsche Alterssicherung verwenden will. Zwar vernebelt sie die Einzelheiten, aber ihre Tendenzen zeichnen sich ab: sie gehen zu Lasten der langjährig Versicherten und des Niveaus der deutschen Alterssicherung.
- In der Krankenversicherung blockiert sich die Koalition gegenseitig. Die liberal-konservative Rechte will ihre traditionelle Liaison mit Pharmazie und Medizin weiter pflegen und die Folgen der Kostenexplosion den Versicherten und Familien auflasten. Die Fragen nach der Zukunft der Krankenversicherung, dem Gesundheitswesen, der Vorsorge und Sozialhygiene werden hinter Appellen und Öffentlichkeitstünche verborgen.

Diese Bundesregierung wird eine schwere Zukunftshypothek in der Gesellschaftspolitik hinterlassen. Dies ist augenfällig. Der Sozialstaat, seine Strukturen und seine Verlässlichkeit stehen auf der Verliererseite dieser Legislatur-Periode. Dies zeigt sich auch in den andauernden Eingriffen der Koalition in Arbeits- und Tarifbeziehungen, in die Rechte und das Selbstbewußtsein der Arbeitnehmerschaft. Kein Zweifel: Die deutsche Politik steht am Ende der 80er Jahre vor schweren Hypotheken und Entscheidungen. Die Bilanz kommt noch.

Das Sommerpapier der Bundesregierung unterschlägt nicht nur die hohen Milliarden-Beträge, um die sie in den letzten Jahren soziale Sicherung verkürzt hat. Dies ist nicht nur eine frisierte Soll- und Habenrechnung. Unterschlagen wird vor allem, daß ihre gesetzlichen Eingriffe nicht die Konsolidierung, eher die Verzeigerung des sozialen Sicherungssystems zur Folge haben.

Bilanzen solcher Art taugen nichts. Das sind sommerliche Schleiertänze. Aber dieser Schleiier ist durchsichtig, und das macht die ganze Sache noch unappetitlicher.

(-/13.8.1985/rs/ks)

+ + +



Steigende Preise und sinkendes Niveau

Wie eine Zeitung die Teuerungsrate umdeutet

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Der Bonner General-Anzeiger, eine sonst um den Eindruck von Seriösität bemühte Zeitung meldete dieser Tage auf der ersten Seite: „Die Lebenshaltungskosten sind leicht gesunken.“

So etwas darf einer Zeitung nicht passieren. Da wird eine geringfügig kleiner gewordene Steigerungsrate umgewandelt in sinkende Preise. In anderen Zeitungen stand es richtig: Teuerungsrate wieder 2,3 Prozent; das heißt, die Preise sind um 2,3 Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres gestiegen.

Es sollte eigentlich zum Niveau eines seriösen Journalismus gehören, zwischen fallenden Preisen und fallenden Steigerungsraten (und damit dennoch steigenden Preisen) unterscheiden zu können.

Aber wie soll man das verlangen, wenn es nicht einmal die Bundesregierung kann? Jedenfalls tut sie so, als könne sie es nicht. Da werden propagandistisch tolle Rechnungen aufgemacht, mit denen gezeigt werden soll, daß weniger stark gestiegene Preise mit steigender Kaufkraft gleichzusetzen sind.

Es stimmt: Steigen die Preise langsamer, kann man für das gleiche Geld mehr kaufen als wenn die Preise schneller gestiegen wären.

Da die Preise aber nur schneller oder langsamer steigen, jedoch nicht fallen, sinkt die Kaufkraft nur dann nicht, wenn auch die Realeinkommen mindestens im gleichen Maße steigen wie die Preise.

Davon redet die Bundesregierung aber nicht.

(-/13.8.1985/rs/ks)

+ + +

